

Er scheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 4 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bruden-
straße 106 .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 26. Januar 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Laßt Euch nicht ver-
führen. — 25 Jahre Kulturarbeit. — Kundgebungen der
Gewerkschaftsrichtungen an der Reichskanzlei und den Prä-
sidenten des Kriegsamts. — Die Urlaubsgeldbeiträge. —
Vorbehaltslöbne für bulgarische Geschirre. — Aus unserer
Beruf. — Störresonanz. — Rechtsprechung. — Kund-
schau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. —
Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 28. Januar bis 3. Februar
1917 ist der 5. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Laßt Euch nicht verführen!

Es gehört zu den unabänderlichen Pflichten
eines Gewerkschaftsblattes, angeichts des Kriegs
und seiner Folgeerscheinungen für die gesamte
Arbeitererschaft immer wieder und wieder war-
nend und mahnend auf die Notwendigkeit eines
lückenlosen Zusammenschlusses aller Berufs-
angehörigen hinzuweisen, um die wirksamste Waffe
im Interessentkampf zwischen Kapital und Arbeit,
den Berufsverband, aktionsfähig zu erhalten.
Denn darüber besteht wohl bei keinem denk-
enden Arbeiter der geringste Zweifel, daß nach
dem Kriege es zu schweren wirtschaftlichen Aus-
einandersetzungen mit dem Unternehmertum
kommen wird. Die Arbeitgeber treffen bereits
hierzu ihre Vorbereitungen, und es kann gesagt
werden, daß noch zu keiner Zeit ihre Organi-
sationen solch eine Erstarkung an Mitgliedern
und Kapital erfahren haben, wie während der
Kriegszeit. Diese Feststellung trifft auf die
Unternehmer der Lederverarbeitenden Industrien
in ganz besonderem Maße zu. Angesichts dessen
ist es tief bedauerlich, wenn in den Reihen der
Arbeiter der Keil der Zwietracht getragen wird
und sogenannte Arbeiterführer es nicht ver-
schmähen, die Grundpfeiler einer lückenlosen
Gewerkschaft zu unterwühlen. Glücklicherweise
ist der Erfolg solch verwerflichen Treibens in
den Reihen unserer Verbandsmitglieder ausge-
blieben, und wo sich einzelne zur Förderung
solcher Gedanken hergegeben haben, ist es mehr
der Unzufriedenheit auf dem Ernährungsgebiet
und sonstiger Kriegsnot zu zuschreiben. Trotz-
dem erscheint es doch dringend angebracht, auf-
merksamen Auges das verbrecherische Treiben
einiger Unwilliger zu beobachten und, wenn
nötig, ihnen mit gehöriger Schärfe auf die un-
sauberen Finger und losen Mäuler zu klopfen.

Wir haben schon wiederholt erklärt, daß es
nicht unsere Aufgabe ist und wir uns auch nicht
anmaßen, uns in den Streit der Meinungen,
der innerhalb der sozialdemokratischen Partei
sein Wesen treibt, zu mischen oder gar ent-
scheiden zu wollen. Das sind häusliche Ange-
legenheiten, die innerhalb der Partei ausge-
tragen werden mögen. Wenn aber dieser Streit
in Gewerkschaftskreisen überzugreifen droht,
in der Absicht, ihre Geschlossenheit zu gefährden,
dann gilt es, sich schützend vor sie zu stellen und
den Angreifern zu sagen: „Sünde weg!“

Aus diesem Gesichtswinkel heraus haben
wir uns gegen den vom „Braunschweiger Volks-
freund“ veröffentlichten Vorschlag der Beitrags-
sperre gewandt und fühlen uns heute genötigt,
Stellung gegen sozialdemokratisch sein wollende
Gruppen und Leute zu nehmen, die mit ihrer
Zerstörungsarbeit in eigenen Lager nicht ge-
nügende Erfolge haben und deswegen jetzt ver-
suchen, ihr Teufelswerk in den Gewerkschaften
fortzusetzen. Dabei übergehen wir die Angriffe
auf die Gewerkschaftsführer, halten uns viel-
mehr an die Absichten, welche geeignet sind, die
Gewerkschaften zur Ohnmacht zu verurteilen.

Am 7. Januar hat in Berlin eine Konferenz
derjenigen Gruppen der sozialdemokratischen
Partei stattgefunden, welche mit der Haltung
des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit
nicht einverstanden sind. Die auf dieser Kon-
ferenz vertretene Spartacusgruppe hat
eine Resolution vorgelegt, in der unter anderem
gefordert wird:

„Systematischer Kampf gegen die Politik der
Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerk-
schaften. Zu diesem Zweck Zusammenfassung der
auf seiten der Opposition stehenden Gewerkschafts-
mitglieder.“

Der Reichskonferenz lag auch eine von der
Gruppe Internationale Sozialisten Deutsch-
lands unter der Führung des früheren preußi-
schen Landtagsabgeordneten Vordardt einge-
brachte Resolution vor, in welcher der gegen die
Gewerkschaften gerichtete Satz folgenden Wort-
laut hat:

„Systematischer Kampf gegen die Politik der
Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerk-
schaften. Zu diesem Zweck Organisierung der auf
seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmit-
glieder und Schaffung eines speziellen Gewerk-
schaftsorgans.“

Einer Konferenz des zweiten Berliner
Reichstagsm. Kreises hat der Referent, Reichs-
tagsabgeordneter Dr. Herzfeld, eine Re-
solutions zur Annahme unterbreitet, in der es
von den Gewerkschaften heißt:

„Gegen die Gewerkschaftsinstanzen ist inner-
halb der Gewerkschaften vorzugehen durch Gewin-
nung der Leitungen. Ebenso gegen die sozialpatrio-
tische Haltung der Gewerkschaftspresse.“

Diese Erklärungen stimmen darin überein,
daß sie die Spaltung in die Gewerkschaften
tragen wollen. Daß diese Spaltung gleichbe-
deutend ist mit der Untergrabung der Macht
und des Einflusses der Gewerkschaften, das sieht
diese „guten Freunde“ der Arbeiter nicht an.
Als Zugmittel zur Förderung ihres Zweckes
schieben die Leute, die diese Maulwurfsarbeiten
dirigieren, den Kampf gegen die Gewerkschafts-
instanzen vor. Die Leiter der Gewerkschaften
sollen beseitigt werden. Von der Spekulation
auf die niedrigen Instinkte der Massen ver-
sprechen sich diese „Volksführer“, die selbst nicht
in der Arbeitererschaft wurzeln, Erfolg bei ihrer
gegen die Lebensinteressen der Arbeitererschaft
gerichteten Aktion.

Im Zusammenhang mit den eben gekenn-
zeichneten Bestrebungen ist auch das folgende

Rundschreiben zu beachten, das in Berliner Ge-
werkschaftskreisen verbreitet wird.

R. G.!

Es dürfte auch Ihnen nicht unbekannt geblieben
sein, daß sich in Reihen der gewerkschaftlich organi-
sierten Genossen schon seit langer Zeit eine tief-
gehende oppositionelle Stimmung bemerkbar macht.
Sie ist in der Hauptsache auf die einseitige Stellung-
nahme zurückzuführen, welche die Generalkommission
und die Zentralvorstände der Gewerkschaften
in ihren Organen in dem jetzigen politischen Mei-
nungsstreit einzunehmen pflegen.

Um einmal festzustellen, wieviel die Unzu-
friedenheit gegenüber den Führern der Gewerk-
schaftsbewegung in den Massen der Arbeitererschaft
Platz gegriffen hat, werden Sie erjucht, in Ihrem
Orte bzw. Kreise Fühlung mit alten bekannten Ge-
werkschaftlern zu nehmen, eventuell eine Sitzung
abzuhalten, von welchen Sie wissen, daß sie auf
dem Boden der Opposition stehen.

Es wird beabsichtigt, die oppositionellen Ele-
mente einmal zusammenzufassen, um eventuell eine
gemeinsame Aussprache baldigt herbeizuführen.
Deshalb ist es notwendig, recht bald die Adressen
an den Unterzeichneten zu übermitteln.

Mit allen Gewerkschaften, die der Generalkom-
mission angeschlossen sind, soll möglichst Fühlung
gesucht werden, auch ist es wünschenswert, Gewerk-
schaftsfunktionäre (Vertrauensleute, Ortsverwal-
tungsmitglieder usw.) in erster Linie zu berück-
sichtigen.

Mit Parteigruß
gez. Karl Kürbs,
Berlin SO. 26, Raumnjstr. 27 I.

Der „Vorwärts“ schreibt dazu:

„Der unterzeichnete Arrangeur dieser neuesten
Attake gegen die Gewerkschaften ist in Berliner
Gewerkschaftskreisen ein bisher völlig unbekannter,
der sein agitatorisches Licht bisher schamhaft unter
den Scheffel gesteckt hat.“

Dazu bemerkt der „Proletarier“, das Organ
des Verbandes der Fabrikarbeiter:

„Uns ist der Unterzeichnete nicht so ganz un-
bekannt. Wenn wir nicht sehr irren, handelt es sich
um den früheren Geschäftsführer unserer Zählstelle
Halle, der Anfang 1915 seine Stellung aufgab und
in Berlin Arbeit suchte und fand. Die Erfolge
seiner Tätigkeit in Halle geben dem Kollegen Kürbs
nicht die Berechtigung, sich als Reformator der
Gewerkschaften aufzuspielen. Die allgemeine Beur-
teilung seines Wirkens sowohl wie seiner Fähig-
keiten und Kräfte ist vielmehr so, daß Kürbs allen
Anlaß zu einer ernstlichen Selbstprüfung hätte.
Vielleicht würde diese ihn veranlassen, in Zukunft
gewerkschaftliche Fragen nicht mehr mit der, sagen
wir einmal Unbefangenheit zu behandeln, wie das
in seinem Rundschreiben geschieht.“

So wenig wir auf die Angriffe gegen die
Gewerkschaftsführer hier eingehen, ebenso wenig
liegt uns daran, die Arbeiterführerqualifikation
einiger Wortführer der Gewerkschaftsfeinde zu
belehnen. Täten wir es, wir sind uns keinen
Augenblick darüber im Zweifel, wer dabei den
kürzeren ziehen wird. Auch liegt es uns fern,
den Gewerkschaftsführern ein Loblied zu singen.
„Aber“, hier stimmen wir mit der „Holzarbeiter-
Zeitung“ völlig überein, wenn sie schreibt:

„Bei aller Abneigung gegen sie wird man doch
zugeben müssen, daß sie schon mancherlei Nützliches
für die Arbeitererschaft geleistet haben. Sie können
sich nicht darauf beschränken, der Masse verlockende

Zukunftsbilder zu zeichnen, sondern sie müssen für die unmittelbare Besserung der Lage der Arbeiter eintreten."

Die Sattler und Portefeuille haben die Erfolge des Wirkens ihrer Gewerkschaftsführer erst recht während des Krieges zu spüren bekommen. Wir wollen uns hier nicht in Einzelheiten verlieren, machen sie sich doch jedem einzelnen am Lohnzahlungstage bemerkbar.

Sehr richtig bemerkt die „Solzarbeiter-Zeitung“ weiter:

„Es wäre lächerlich, wollte man den Erfolg unserer Bewegung allein auf Rechnung unserer Verbandsleitung setzen. Die Mitglieder, die Kollegenchaft im ganzen Reich müssen mitwirken. Ohne ihren festen Willen, das gesteckte Ziel zu erreichen, geht es nicht. Aber dieser Wille der Masse braucht eine geschickte Führung, damit er richtig zur Geltung kommt. Das gilt für jede Bewegung, in ganz besonderem Maße aber für die Gewerkschaftsbewegung. Die Leute, die jetzt den Sturm auf gegen die „Gewerkschaftsinstanzen“ unternehmen, wagen auch nicht, zu behaupten, daß die Gewerkschaftsleiter ihre Funktionen vernachlässigt hätten, sie sollen bestraft werden, weil sie nicht die vorschriftsmäßige Gesinnung an den Tag gelegt haben. Sie beten nicht die radikale Phrase an. Das Kraftmeiertum, das sich in starken Worten bezaubert, imponiert ihnen nicht. Es sind Männer der Tat, die entsprechend der Aufgabe, die ihnen gestellt ist, den unmittelbaren Vorteil der Arbeiterschaft vorbereiten und ihn im geeigneten Augenblick zur Tat werden lassen.“

Nach ein anderer Vorwurf trifft die Gewerkschaftsleiter. Sie haben unablässig die Arbeiter zur Einigkeit gemahnt, und sie sind allen Versuchen, die Einigkeit zu stören, entschieden entgegengetreten. Auch das hängt auf das engste mit der ihnen übertragenen Aufgabe zusammen. An Stellen, wo es nur darauf ankommt, die „Reinheit der Lehre“ zu wahren, mag es ein Vorteil sein, wenn sich die Bekenner des „wahren Glaubens“ sofortigt von den anderen abheben, die nicht in allen Fragen der gleichen Meinung sind. Die Arbeiterschaft kann aber nur durch ihre Masse wirken. Der Mahnen der Organisation muß weit genug sein, um alle, die sich zu dem gleichen Grundgedanken bekennen, zu umschließen. Innerhalb dieses Rahmens muß Raum sein zum Austragen von Meinungsverschiedenheiten über Einzelfragen. Aber die organisatorische Einheit darf deshalb nie geprengt werden. Dadurch würde die Macht der Organisation gebrochen und diese zur Erfolgslosigkeit verurteilt.

Gilt das für die Arbeiterschaft im allgemeinen, so in weit höherem Maße für die Gewerkschaften. Sie bieten Raum für jeden Arbeiter, der den Willen hat, für die Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Die Anführer, denen die Gewerkschaftsmitglieder sonst huldigen, kommen für die Gewerkschaft nicht in Betracht. Innerhalb der Organisationen mögen Meinungsverschiedenheiten über den besten Weg zur Erreichung eines bestimmten Zieles bestehen, wenn aber die Mehrheit beschlossen hat, dann muß von allen verlangt werden, daß sie sich den gefassten Beschlüssen fügen. Die Gemeinschaftlichkeit des Disziplinbruchs zeigt sich bei der gewerkschaftlichen Aktion mit besonderer Deutlichkeit, daher ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsführer den Disziplinbruch mit besonderer Schärfe verurteilen. Für diejenigen, die auf die Spaltung ausgehen, ist das natürlich erst recht ein Grund, solche Gewerkschaftsführer zu beseitigen.

Bei all den geplanten Umwälzungen sollte man aber auch an die Kollegen im Felde denken. Sie können sich nicht aktiv an der Organisationsarbeit beteiligen; wenn aber die Grundlagen der Organisation geändert werden sollen, möchten sie auch gern ein Wort mitreden.

Die Leute, die den Rat geben, die Gewerkschaften zu unterwühlen, stehen außerhalb unserer Gewerkschaften; sie haben kein unmittelbares Interesse an dem Wirken unserer Verbände. Wir sind nicht der Meinung, daß ihre Absicht ist, dem Unternehmertum Dienste zu leisten, aber die in scharfer Kampfstellung gegen die Gewerkschaften stehenden Unternehmerorganisationen hätten allein den Vorteil davon, wenn jene Bestrebungen irgendeinen Erfolg zeitigen würden. Wir brauchen jetzt nötiger als je Einigkeit in den Arbeiterorganisationen, deshalb müssen wir den Maulwölfen mit aller Entschiedenheit entgegenreten. Wehret den Anfängen!“

25 Jahre Kulturarbeit.

Am 1. Februar kann die Verwaltungsstelle Offenbach auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Leider fällt dieser Jubiläumstag in eine Zeit, wo keine Stimmung dafür vorhanden, um Feste zu feiern. Aber registrieren wollen wir diesen Tag, um die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen daran zu erinnern, was sie der Or-

ganisation alles zu danken haben. Wie mancher Kollege und manche Kollegin glauben heute, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien immer so gewesen und bedenken nicht, daß alles, was sie auf diesem Gebiet haben, nur der unermüdeten und zähen Arbeit der Organisation zu danken ist. Bei Gründung der Organisation im Jahre 1892 bestanden in der gesamten Offenbacher Lederwarenindustrie Verhältnisse, die jeder Beschreibung spotteten. Eine geregelte Arbeitszeit war etwas Unbekanntes. Diese wurde vielmehr von den Affordarbeitern oft bis in die Mitternachtsstunde ausgebeutet. Die Affordlöhne, von den Fabrikanten einseitig festgesetzt, waren so niedrig, daß auch der beste Arbeiter bei 63- bis 65stündiger Arbeitszeit nicht über 24 Mk. hinauskam. Beflagte sich ein Arbeiter, dann hieß es: „Anderswo wird noch weniger gezahlt!“ Und wie waren die Löhne der Lohnarbeiter? Allgemein üblich waren 18 Mk. für gute Arbeiter bei 60- bis 63stündiger Arbeitszeit pro Woche. Es wurde darauf gesehen, daß der Arbeiter für diesen Lohn auch am Sonntagvormittag noch ein bißchen komme. Aber auch Löhne von 15 Mk., 12 Mk., sogar 8 Mk. pro Woche waren keine Seltenheit. Erhielt ein Arbeiter 24 Mk., dann nannte er sich schon Vorarbeiter oder Werksführer.

Wie traurig sah es aus, wenn in den Sommermonaten, als die Werkstätten abends nicht beleuchtet wurden, die Sattler in der Mittagsstunde die Arbeit nach Hause schleppten, des abends den Nählöben unterm Arm nach Hause gingen, um bis Mitternacht Griffe oder Schnallen einzunähen. Welch ein Kampf um die Nählöben, die schon am Nachmittag verdeckt wurden, um am Abend im Besitz derselben zu sein. Tief traurige Zustände, zu denen sich gewiß kein Kollege zurücksehnt.

Diese und ähnliche Zustände zu beseitigen, um zu geregelten Verhältnissen zu kommen, war die Aufgabe der damals jungen Organisation. Welche Kämpfe geführt werden mußten und wie die Arbeit geleistet wurde, können diejenigen, die an dieser Arbeit mitgewirkt haben, am besten erkennen. Zunächst galt es, den Kampf aufzunehmen mit den eigenen Berufskollegen. Wie schwer dieser Kampf war, beweist, daß nach vierjähriger angestrengter Agitation von den circa 400 in Reiseartikelabriken beschäftigten Sattlern ganze 90 Kollegen für die Organisation gewonnen waren. Das Resultat konnte auch kein besseres sein, da ja nach der damaligen Auffassung unserer Kollegen — die noch von den Fabrikanten und deren Angestellten geschürt wurde — die Organisation nur dazu diene, um durch höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit die Industrie von hier in andere Orte, sogar ins Ausland zu vertreiben. Mit solchen Argumenten wurde damals die Organisation im Interesse der Ausbeutung durch die eigenen Kollegen bekämpft. Demgegenüber muß man staunen, welchen Aufschwung die Lederwarenbranche am hiesigen Orte bis heute genommen hat, trotz, ja man ist versucht zu sagen, durch die Organisation. Das Häuflein „unzufriedener Motten“ von damals hat nicht vermocht, die Industrie zum Ruin zu bringen. Den ersten schwachen Versuch, an den bestehenden Verhältnissen zu rütteln, unternahmen wir nach fünfjährigem Bestehen, 1897. In einer Versammlung wurde beschlossen, in allen Betrieben, wo eine Anzahl Kollegen organisiert war, die Extrabehaltung für die Zeit nach 7 Uhr abends mit 25 Proz. zu verlangen. Dies setzte sich auch bald in den meisten Betrieben durch. Der Anfang war gemacht, nun mußte weiter aufgebaut werden, und zwar an dem Affordlohn. In unzähligen Sitzungen und Besprechungen wurden die bestehenden Affordlöhne für die einzelnen Artikel verglichen; es wurden Preisunterschiede für denselben Artikel in einzelnen Betrieben bis zu 80 Proz. festgestellt. Hier galt es, den Hebel anzusetzen, um gleichmäßige Affordsätze zu schaffen.

Im Herbst 1900 war diese Arbeit soweit gediehen und die Organisation so gefestigt, daß wir es wagen konnten, mit einseitigen Forderungen an alle Fabrikanten heranzutreten. Eine Arbeitgeberorganisation bestand nicht, folgedessen wurden die Forderungen jedem einzelnen Arbeitgeber mit einem Vergleichsschreiben eingereicht.

Die wesentlichen Forderungen waren neunstündige tägliche Arbeitszeit, gleichmäßiger Anfang und Arbeitschluß in allen Betrieben, für die Sattler 18 Mk. Mindestlohn nach dreijähriger Lehrzeit, 25 Prozent für Ueberstunden nach 6 Uhr abends, eine ausgearbeitete Affordlohntabelle, Einschränkung der Beurlaubungsdauer u. a. m. Die eingegangenen Antwortschreiben der Fabrikanten waren alle so gehalten, daß sie einer glatten Ablehnung gleichkamen.

Einen wahren Sturm der Entrüstung, besonders bei den Hauptschnurkonkurrenten, entstand über die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und die jetzt noch bestehende seitdem mehrmals verbesserte Affordlohntabelle.

Diese erste allgemeine Lohnbewegung endete ohne wesentliche Arbeitseinstellung damit, daß alle Forderungen bewilligt wurden. Die Verhandlungen

wurden, da sich die Fabrikanten sofort zusammenschlossen, mit einer Kommission derselben und unserer Lohnkommission geführt.

Dies war auch der erste Anstoß zur Gründung der Unternehmerorganisation.

Allgemeine Anerkennung herrschte unter der hiesigen Arbeiterschaft. Waren es doch die Reiseartikel-Sattler, die, trotz aller Anfeindungen in den ersten Jahren, alle Kollegen bis auf drei ihrer Organisation angeschlossen hatten, denn nur dadurch war der Erfolg gesichert. Außerdem wurde durch diese Lohnbewegung der Anstoß zur Gründung der Portefeuille-Organisation gegeben, welche direkt nach Beendigung dieser Bewegung erfolgte. Derselbe Bewegung sahen wir fünf Jahre später in der bis dahin stark gewordenen Portefeuilleorganisation, die ebenfalls infolge ihrer Stärke ohne wesentlichen Streik die neunstündige Arbeitszeit und geregelte Lohnverhältnisse aus diesem Zweig unserer Berufskollegen brachte. Was seit dieser Zeit, hauptsächlich nach dem Zusammenschluß der beiden so nahe verwandten Organisationen, für die Lederwarenarbeiter an Verbesserungen erreicht wurde, das haben die Kollegen und Kolleginnen, auch die Unorganisierten, am eigenen Leibe erfahren.

Wenn wir am Jubiläumstage unserer Verwaltungsstelle auf diese Vorgänge näher eingegangen sind, so nur deshalb, um den Kollegen und Kolleginnen zu zeigen, unter welchen Verhältnissen sie heute noch zu arbeiten hätten, wenn die Organisation nicht mit den oben geschilderten Zuständen ausgeräumt hätte. Aber trotzdem gibt es immer noch Kollegen und Kolleginnen, die wohl an den mit schweren Zeit- und Geldopfern von anderen erzwungenen Vorteilen teilnehmen, sich sogar nicht scheuen, bei ihrem Arbeitgeber unter Hinweis auf die Abmachungen der Organisation dasselbe zu verlangen, ohne sich verpflichtet zu fühlen, der Organisation anzugehören. Hierin Besserung eintreten zu lassen, ist Pflicht eines jeden Mitgliedes. Diese uns noch fernstehenden für die Organisation zu gewinnen, muß Aufgabe eines jeden Kollegen und jeder Kollegin sein. Wenn wir uns verpflichten, jeder an dem Jubiläumstag der Organisation auch nur ein Mitglied zu gewinnen, dann haben wir, auch in der so schweren Kriegszeit, unseren Jubeltag so begangen, daß es den im Felde stehenden unter so schweren Opfern kämpfenden Kollegen die größte Freude bereiten würde.

Auch einige Jubilare hat die Verwaltungsstelle in ihrer Mitte; es sind dies die Kollegen J. Singer, R. Mehmel, A. Walter, F. Wagler und M. Wurm. Diese Kollegen gehören seit Gründung ununterbrochen der Verwaltungsstelle an, standen und stehen zum Teil heute noch in deren vorderen Reihen. Noch sei des Genossen Simon, jetzigen Zentralvorsitzenden des Vereins Deutscher Schuhmacher, gedacht, der uns in den ersten Jahren schwerster Arbeit stets mit Rat und Tat zur Seite stand und viel zur Aufklärung unter den Kollegen mit beigetragen hat.

Kundgebungen der Gewerkschaftsrichtungen an den Reichskanzler und den Präsidenten des Kriegsamts.

Die schroffe Ablehnung des deutschen Friedensangebots seitens der Ententemächte hat die Zentralinstanzen der an der Konferenz vom 12. Dezember beteiligten Gewerkschaftsrichtungen veranlaßt, dem Reichskanzler und dem Präsidenten des Kriegsamts die Entschlossenheit der von ihnen vertretenen Gewerkschaften zu bekunden, an der Vereitelung der Pläne der feindlichen Mächte tatkräftig mitzuwirken. Die beiden vom 16. Januar datierten Kundgebungen haben folgenden Wortlaut:

I.
An den
Herrn Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg,
Ezzellenz,
Berlin.

Ev. Ezzellenz haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstage das Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten verurteilt, das volle Zustimmung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands fand. Das bewies die freudige Aufnahme der Bekanntgabe des Friedensangebots in der von 800 Vertrauensleuten der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen besuchten Konferenz, die an dem gleichen Tage in Berlin stattfand.

Die Gegner Deutschlands wiesen die dargebotene Friedenshand zurück. Auch die Friedensanregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von ihnen abgewiesen.

In der Antwort der Entente auf diese Friedensnote werden Kriegsziele aufgestellt, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten zu erreichen sind.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Die unfinnigen Forderungen der Entente können nur unter der Annahme aufgestellt worden sein, daß die militärische und wirtschaftliche Kraft Deutschlands bereits gebrochen sei.

Daß die militärische Kraft des deutschen Volkes nicht gebrochen ist, bedarf angesichts der Kampfesfruchten keiner Erörterung.

Auch seine wirtschaftliche Kraft ist keinesfalls erschöpft. Wir verkennen nicht, daß die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt und die unzureichende Regelung der Verteilung der in Deutschland vorhandenen Nahrungsmittel weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung in eine Notlage gebracht haben. Angesichts der Zukunft, die dem deutschen Volke nach den Kriegszielen der Entente droht, ist es dringend geboten, die gerechte Verteilung der vorhandenen Ernährungsmittel zu sichern.

Die Antwort der Entente besetzt jeden Zweifel darüber, daß Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg befindet. In der vollen Erkenntnis, daß es sich um die Existenz unseres Landes und seiner Bevölkerung handelt, werden wir alle Kräfte des arbeitenden Volkes zur äußersten Kraftentfaltung anregen.

Am 12. Dezember 1916 ist von den Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten der Vorschlag gemacht, dem ungeheuren Flußbergessen durch Friedensverhandlungen ein Ende zu bereiten. Sie erklärten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen.

Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker sollen gesichert und dadurch die Grundlage für einen dauernden Frieden geschaffen werden.

Die Gegner Deutschlands lehnen Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage ab. Sie zwingen die den Frieden herbeisehnden Völker, die Verwüstung von Menschenleben und Kulturgütern fortzusetzen.

In dieser Lage erklären wir, daß es heiligste Verpflichtung für uns ist, in verstärktem Maße unsere Kräfte um die Existenz unseres Landes einzusetzen.

II.

In den Präsidien des Kriegsamt's Herrn Generalleutnant Gröner, Erzellenz, Berlin.

Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsziele auf, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Ein. Erzellenz haben in der Konferenz der Vertrauensleute der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 gesagt, daß der Ausgang des gegenwärtigen Krieges von der Organisation der Arbeit abhängt.

Diese Organisation soll durch das Gesetz betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst herbeigeführt werden. Sie dient dem Schutze unserer an den Fronten kämpfenden Söhne und Brüder. In dieser Erkenntnis haben die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ihre tatkräftigste Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes nicht nur zugesagt, sondern auch betätigt.

Angesichts der rücksichtslosen Zurückweisung des Friedensangebots Deutschlands und seiner Verbündeten sowie der Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten seitens der Entente fühlen wir uns verpflichtet, Ein. Erzellenz zu erklären, daß wir alles daran setzen werden, den vollen Erfolg des Gesetzes zu sichern und die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln.

Die Urlaubsgebühren.

(Auszuschneiden und aufbewahren!)

Die Gebühren der beurlaubten Soldaten sind während der Kriegsdauer verschiedentlich geändert worden. Nun ist wieder eine Neuordnung erfolgt durch eine vom 8. Dezember datierte Kabinettsorder, die im "Armeekorrespondenzblatt" veröffentlicht wird. Bei der Wichtigkeit, die diese Angelegenheit für weite Kreise der Bevölkerung hat, geben wir nachstehend aus der umfangreichen Veröffentlichung die Bestimmungen wieder, die für Unteroffiziere und Mannschaften in Betracht kommen.

Bei gewöhnlichem Urlaub, dazu gehört der Urlaub während der kirchlichen Festzeiten, der Er-

holungsurlaub zur Beseitigung häuslicher und privater Notstände, erhalten die Angehörigen mobiler Truppenteile die Lösung unverkürzt weiter. Außerdem erhalten die Lösungsempfänger für die Urlaubszeit das Vergütungsgeld im Betrage von 1,50 Mk. für den Tag und den Freifahrtchein. Die gleichen Gebühren erhalten die Lösungsempfänger (das sind Unteroffiziere und Mannschaften) beim Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit. Das Vergütungsgeld wird bei diesem Urlaub aber nur dann gewährt, wenn die Notwendigkeit des Urlaubs vom Truppenarzt bescheinigt wurde.

Bei den immobilen Truppenteilen erhalten die Mannschaften die gleichen Urlaubsgeldgebühren, sofern es sich nicht um einen häufig wiederkehrenden Urlaub handelt, bei welchem nur die Lösung weitergewährt wird. Häufiger wiederkehrender Urlaub liegt vor bei Sonntagsurlaub, ferner dann, wenn jemand in kurzen Zwischenräumen häufig beurlaubt wird, so daß er in dieser Hinsicht dem größten Teil der anderen Mannschaften gegenüber befreit ist. Das ist der Fall, wenn jemand innerhalb eines Vierteljahres durch mehrfache Urlaube (außer Sonntags) insgesamt länger als 10 Tage beurlaubt wird. In diesem Falle wird ebenfalls die Lösung unverkürzt gewährt, dagegen keine Vergütung und keine Freifahrt. Beim Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit erhalten auch die Mannschaften immobil Truppenteile den Freifahrtchein und das Vergütungsgeld, wenn die Notwendigkeit des Urlaubs durch den Arzt bescheinigt ist.

Beim Urlaub zur Beschäftigung im eigenen Betrieb oder im Betrieb von Eltern oder Geschwistern erhalten Mannschaften Lösung, Vergütungsgeld und freie Fahrt. Anders beim Urlaub zur besoldeten Tätigkeit im fremden Betrieb. Hier wird nur Lösung bis zum Schluß des laufenden Monatsdrittels gezahlt. Das Vergütungsgeld wird nicht gewährt. Der Urlaub erhält zwar einen Freifahrtchein bis zum Arbeitsort, aber der Arbeitgeber muß die Fahrkosten erstatten. Es kommt aber noch eine dritte Art von Urlaub zur Arbeit in Betracht, nämlich als Ersatz für fehlende Familienmitglieder. Wenn ein Angehöriger, auf den die Familie angewiesen ist, sich im Felde befindet, krank wurde oder gefallen ist, und ein entsprechender Antrag von der zuständigen Verwaltungsbehörde befürwortet wird, dann kann eine Beurlaubung erfolgen. Ein Beurlaubter, der auf Lohnzahlung durch den Arbeitgeber keinen Anspruch hat, erhält außer Lösung auch Vergütungsgeld und Freifahrt. Dauert der Urlaub länger als einen Monat, dann wird Lösung nur bis zum Schluß des Monatsdrittels, jedoch weder Vergütungsgeld noch Freifahrt gewährt.

Vorbehaltslöhne für bulgarische Geschirre.

Der Drucksetzer hat in dem Bericht über die 24. Sitzung der Berliner Schlichtungskommission, veröffentlicht in Nr. 2 unserer Zeitung, eine ganze Zeile beiseite gebracht und eigenmächtig den Lohn für ein Paar Scherenträger mit Bauchgurt und Strüpe (Doppelung Maschinennaht) von 75 Pf. auf 1,20 Mk. erhöht. Da dies nicht tariflich zulässig ist, bringen wir zwecks Richtigstellung nochmals die Vorbehaltslöhne für bulgarische Geschirre:

Table with 2 columns: Item description and Price. Items include Brustblatt mit 2 Geniedriemenstößen, Schwanzriemen, ohne Pauße und ohne Gürtel, Schwanzriemengürtel, Schwebriemen, auschl. nielen, a Stück, 1 Paar Scherenträger mit Bauchgurt und Strüpe, Diebelsien, ganz mit Handnaht gefertigt, Halfter mit Hilfsnafentriemen, Hauptgestell, Kondanzgügel, Trennzgügel, Handzängel in I, a Stück, Führerzängel mit Knebel.

Auf vorstehende Lohnsätze kommen 10 Prozent Kriegszuschlag.

Aus unserem Beruf.

Die Ortsverwaltung Dresden wendet sich in einer Zuschrift an uns gegen die Aufnahme der in Nr. 1 unserer Zeitung veröffentlichten Notiz "Nachahmenswert" und lehnt darüber jede Verantwortung ab. Um uns in Zukunft gegen jede mißbräuchliche Verwen-

dung des Verbandsorgans zu schützen, werden wir alle an uns gerichtete Zuschriften über Verstoßangelegenheiten erst der zuständigen Ortsverwaltung zur Rücküberweisung überweisen. Wir möchten daher alle Mitarbeiter und Berichterstatter bitten, die für unsere Zeitung bestimmten Notizen und Berichte erst der Ortsverwaltung vorzulegen und von dieser gegenzeichnen zu lassen.

Die Erklärung der Ortsverwaltung Dresden hat folgenden Wortlaut:

"In der Nr. 1 unseres Verbandsorgans erschien unter der Ueberschrift "Nachahmenswert" ein Artikel, welcher sich mit der hiesigen Firma Ernst Siegemund und beschäftigte und in überschwänglicher Weise den Inhaber für das der Arbeiterschaft überwiesene Weihnachtsgeschenk feierte.

Wir sind jedenfalls gern bereit, dem Arbeitgeber, welcher in seinem Betriebe die tariflichen Abmachungen hält und der Arbeiterschaft auch sonst günstige Arbeitsbedingungen einräumt, Anerkennung zu zollen. Wenn aber, wie in diesem Falle, ein einzelner Kollege für sich das Recht in Anspruch nimmt, solche Zeitungsnotizen zu schreiben, ohne sich vorher mit seinen Kollegen zu verständigen, müssen wir Verwahrung einlegen.

Von dem Wesen der Gewerkschaft hat der Schreiber dieser Notiz keine Ahnung; doch mag er dies mit sich selbst ausmachen. Wahrscheinlich hat er dem Inhaber der Firma einen schlechten Dienst erwiesen. Wir möchten aber im Namen unserer Funktionäre festgestellt wissen, daß unsere Organisation mit jenem Artikel nichts gemein hat und verstehen nicht, daß die Aufnahme erfolgen konnte, ohne mit uns Führung zu nehmen. Die Ortsverwaltung."

Eine nicht zu verachtende Teuerungszulage wünschen sich die Lederarbeitsfabrikanten und Sattlermeister, um die von ihnen zu zahlende Kriegsteuerungszulage an die Arbeiter wieder auszugleichen. In einer schriftlichen Eingabe eruchen sie das Kriegsministerium, die in Betracht kommenden vergebenden Dienststellen ermächtigen zu wollen, für die unter Wirkung der Teuerungszulage gefertigten Stücke die nachstehend angegebenen Prozentzuschläge zu den Vertragspreisen zu bewilligen:

- a) bei Ausrüstungsstücken: 1. Tornister 4 1/2 Proz., 2. Taschen aller Art 3 Proz., 3. Riemenzeug 2 Proz. b) bei Geschirren und Stallsachen, Sätteln und Reitzeugstücken 3 Proz. c) bei Sachen für Fernsprengeräte: 1. Tornister 4 Proz., 2. Taschen aller Art 4 Proz. d) bei Geschloßförmigen usw. 3 Proz.

Erfolg der Sattlermeister bei der Riemen-Freigabestelle. Wie wir in unserer letzten Nummer berichteten, hat der Bund Deutscher Sattlerinnungen sich an die Riemen-Freigabestelle gewandt, bei der Verteilung der Riemenleder die Sattlermeister mehr als bisher berücksichtigt zu wollen. Wie das Verbandsorgan nun mitteilt, war die Bundesleitung am 6. Januar persönlich vorstellig geworden und hat erwirkt, daß neben den 42 von der Riemen-Freigabestelle errichteten Reparaturläger neue Reparaturläger für kleine Mengen von Leder bei den Obermeistern der Sattlerinnungen errichtet werden sollen.

500 000 Quadratfuß Lackleder und Lederleder will die Kontrollstelle für freigegebenes Leder der Lederwaren- und verwandten Industrien zur Verfügung stellen. Gibt das Kriegsministerium hierzu seine Zustimmung, was sicher zu erwarten ist, so ist die Aufrechterhaltung der Lederwarenindustrie für eine weitere Zeit gesichert.

Korrespondenzen.

Braunschw. (G. 19. 1.) In der Versammlung am 12. Januar verlas Kollege Paul die Abrechnung vom 4. Quartal, wofür ihm einstimmig Entlastung erteilt wurde. Hierauf wurde der Antrag, Erhöhung der Beträge für männliche Mitglieder von 60 auf 70 Pf. und für weibliche Mitglieder von 35 auf 40 Pf. mit 25 gegen 1 Stimme angenommen. Kollege Martin wurde als zweiter Vorsitzender, Kollege Paul als Kartellbelegierter gewählt. Kollege Nische gab den Jahresbericht und machte zugleich das Resultat der Mitgliedsbücher- und Kartenrevision bekannt. Kollege Beebe sprach im Namen der Mitglieder seinen Dank dem Vorstand aus für die ordnungsgemäße Verwaltung im verfloßenen Jahre. Die Abrechnung der Weihnachtsfeier wurde in bester Ordnung befunden. Zur Teuerungszulage berichtete Kollege Paul, daß in einer Funktionärsitzung beschlossen wurde, den Unternehmern nochmals ein Schreiben zuzufenden mit der höflichen Anfrage, wie sie sich dazu stellen. Hierauf ist dem Vorstand ein Schreiben der Firma W o i g t l ä n d e r u. Sohn folgenden Inhalts zugestellt worden: "Auf ihre Briefe des Verbandes der Sattler und Portefeuille haben wir nicht

geantwortet, weil wir nicht gestatten können, daß fremde Elemente, wie beispielsweise der Verband der Sattler und Portefeuller hier, sich in Angelegenheiten, welche unsere Arbeiter und uns betreffen, einmengen. Hochachtend Voigtländer u. Sohn."

Dieses Schreiben rief stürmische Entrüstung hervor und wurde mit gebührender Achtung behandelt. Es wurde beschlossen, Stellung zu dieser Sache zu nehmen, indem eine Werksratsversammlung dieser Firma einberufen wird, woran der Betriebsausschuß teilnehmen soll. Unter „Verschiedenes“ gab Kollege Paul die Antwort auf seine Anfrage beim Zentralvorstand betreffs der neuen Patronentasche bekannt. Ferner ging Kollege Weese näher auf den Artikel unserer Zeitung Nr. 1 ein: „Ff's Wahnsinn auch, so hat es doch Methode!“ Hieran schloß sich eine längere Debatte. Unter anderem wurde eine Resolution abgefaßt und beschlossen, diese der Redaktion zu übersenden. Der Schriftführer Otto Rusche,

Ann. d. Red.: Um nicht den Anschein zu erwecken, als wollten wir das Licht unserer Braunschweiger Kollegen hinter dem Scheffel stellen, halten wir es für geraten, die wichtige Resolution nicht nur unserer Sammelmappe einzuberleihen, sondern der gesamten Kollegenschaft zur Kenntnis zu bringen: „Die Ortsverwaltung Braunschweig bedauert, daß unser hiesiges Parteiblatt von Euch in einem solchen Licht beleuchtet wird. Die Versammlung ist stolz, Leser eines von Euch bezeichneten anarchistischen Blattes zu sein, bedauert jedoch, Leser eines sozialpatriotischen Blattes, wie unsere Sattlerzeitung es ist, sein zu müssen.“

Wir haben nur dazu zu bemerken, daß auch wir stolz darauf sind, durch unsere Kritik mit dazu beigetragen zu haben, daß der „Braunschweiger Volksfreund“ jetzt umgelernt hat und Gegner der Beitragsperre innerhalb der Gewerkschaften geworden ist.

Rechtsprechung.

Berliner Gewerbegerichtsurteile zum Reichstaxtarif für die Lederausrüstungsindustrie. Es dürfte bekannt sein, daß die meisten Gewerbegerichte sich bisher auf den Standpunkt stellten, Tarifverträge im Arbeitsverhältnis sind abdingbar, d. h. es steht Arbeitgeber und Arbeitnehmer frei, trotz eines geltenden Tarifvertrages, besondere Lohnbedingungen zu vereinbaren. Zu den Gewerbegerichten gehört auch das der Stadt Berlin. Eine Ausnahme macht es nur im Tarifverhältnis der Lederausrüstungs- und der Militärbedarfsindustrie, weil hier durch kriegsministerielle Verordnung vom 22. Februar 1916 die Tarifverträge zum öffentlichen Recht erklärt wurden. Soweit der Vertrag für Lederausrüstungsstücke in Frage kommt, sind die Stückpreise für die Anfertigung des ganzen Stückes im Reichstaxtarif festgesetzt, die Teilpreise bei Teilarbeiten unterliegen der

freien Vereinbarung der Parteien mit Zustimmung der kontrahierenden Organisationen. Diesem Standpunkt ist auch das Berliner Gewerbegericht in einer Klage eines Sattlers gegen eine Ausrüstungsfirma beigetreten, wobei es sich um Nachzahlung der Differenz zwischen dem Affordsjah des Reichstaxtarifs und des gezahlten niedrigen Lohnjahres handelt. Gegenstand der Klage ist Teilarbeit an Patronentaschen. Die Beklagte wies durch Zeugnis des Werkstattrauensmannes nach, daß, nachdem ein Teil der betreffenden Arbeit mit der Maschine ausgeführt wurde, die Sätze für die einzelnen Teilarbeiten auf Verlangen der Arbeiter anders geregelt wurden, als es im Tarif vorgeesehen ist und daß sich mit diesen Anordnungen die Leitung des Sattlerverbandes sowie die Firma einverstanden erklärt haben. — Auf Grund dieser Feststellung wies das Gericht die Forderung des Klägers ab, weil eine vom Tarif abweichende Vereinbarung vorliege, die zulässig und auch für den Kläger bindend sei, da ihm bei der Arbeitsannahme mitgeteilt worden sei, daß er den vereinbarten Lohnjah erhalte.

Für das Nähen der Rissen für Stahlshutzhelme hat das Bekleidungsbeschaffungsamt Abteilung III 6 Pf. festgesetzt. Eine Näherin verlangte für 4300 Stück je 2 Pf. Nachzahlung mit der Behauptung, der Tarifpreis betrage 7 Pf.; sie habe aber nur 5 Pf. erhalten. Das Gewerbegericht stellte fest, daß die Näherin die Arbeit im Mai übernommen hat, das Zentraltarifamt in seiner Sitzung am 29. Mai den Arbeitslohn auf 5 Pf. festsetzte, der aber später vom Bekleidungsbeschaffungsamt auf 6 Pf. erhöht worden ist. Hierauf erbot sich beklagte Firma 43 M. nachzuzahlen, womit die Näherin einverstanden war.

In der Lederausrüstungsabteilung einer größeren Wäschefabrik wurde den gegen Wochenlohn beschäftigten Näherinnen der Lohn für den Bußtag in Abzug gebracht, sowie für einige Stunden, um welche die Arbeitszeit an Sonnabenden auf Anordnung der Firma verkürzt worden ist. Fünf der Arbeiterinnen klagten auf Zahlung der abgezogenen Lohnbeträge. Troßdem der Firmenvertreter sich auf die Bestimmung der Arbeitsordnung berief, die besagt, daß Tage und Stunden, an denen Arbeiterinnen gefehlt haben, vom Wochenlohn abgezogen werden, kam das Gewerbegericht doch zur Verurteilung der Firma. Das Urteil wurde so begründet: Die erwähnte Bestimmung der Arbeitsordnung trifft auf den vorliegenden Fall nicht zu, denn nach Treu und Glauben kann sie nur so verstanden werden, daß die Tage und Stunden, die durch Verschulden der Arbeiterinnen veräumt wurden, nicht bezahlt werden. Hier handelt es sich aber um Arbeitszeit, in der auf Anordnung der Firma nicht gearbeitet wurde. Dafür dürfen keine Abzüge gemacht werden. Durch die Quittung über die erhaltenen Lohnbeträge ist ein Verzicht auf Mehrforderungen nicht ausgesprochen.

Rundschau.

Keine Entlassung von Arbeiterinnen infolge des Hilfsdienstgesetzes. In der Kriegsindustrie ist mit Schaffung des Hilfsdienstgesetzes vielfach die Entlassung weiblicher Arbeitskräfte beabsichtigt. Die Unternehmer hoffen, aus den Reihen der Hilfsdienstpflichtigen kräftige, ausdauernde und anstelle der Hilfen zu erhalten.

Demgegenüber erklärt das Kriegsamt, daß ein solches Vorgehen dem Hauptzweck des Gesetzes, eine ausgiebige Vermehrung der Arbeitskräfte zu erzielen, zuwiderlaufen würde und es müsse dies verhindert werden. Das Amt ersucht, durch Sachverständige, durch mündliche und schriftliche Belehrung in diesem Sinne zu wirken und überhaupt zu verhindern, daß irgendwelche Arbeitskräfte durch Hilfsdienstpflichtige von ihrer Arbeitsstelle verdrängt werden.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

In Braunschweig beträgt ab 1. Februar der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder 70 Pf., für weibliche 40 Pf.

Die graue Karte für die Arbeitslosen-zählung ist am 29. Januar auszufüllen und bis zum 4. Februar einzusenden.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Baugh. B. Hermann-Winifer, Wietzener Str. 2a.
Heilbronn. B. Karl Schatz, Sülmerstr. 107.

Sterbetafel.

Den Helidentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder

August Lehner, Stuttgart, 20 Jahre alt.
Heinrich Schmid, Stuttgart, 23 Jahre alt.
Anton Riemel, Stuttgart, 28 Jahre alt.
Felix Gieß, Stuttgart, 29 Jahre alt.
August Mühl, Stuttgart, 30 Jahre alt.
Robert Kübler, Stuttgart, 34 Jahre alt.
Johannes Schauler, Stuttgart, 35 Jahre alt.
Adolf Rickich, Hamburg, 37 Jahre alt.
Fritz Luther, Hamburg, 30 Jahre alt.
Otto Bröke, Berlin, 39 Jahre alt.
Peter Müller, Döberstaußen, 25 Jahre alt.

Im Neuen-Neuen. Im Alter von 50 Jahren starb unser Mitglied Karl Ved.

Ehre ihrem Andenken!

Verband der Sattler und Portefeuller Ortsverwaltung München.

Samstag, den 27. Januar, abends 7½ Uhr im Verkehrslokal „Lampgarten“, Jägerstr. 14.

Mitgliederversammlung

Vortrag: „Ernährungsfragen, Zivildienstgesetz und Lehrlingsfragen“.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

Allen Kollegen und Kolleginnen hiermit zur Kenntnis, daß der Leiter der Tarif- und Lohnkommission jeden Samstag von 6-8 Uhr im Verkehrslokal, Restaurant „Lampgarten“, Jägerstraße 14, anwesend sein wird zur Entgegennahme von Beschwerden, Ausarbeitung derselben, Erteilung von Auskünften jeder Art, soweit sich dieselben auf die Tarif- und Lohnfragen beziehen. Weitere Verwaltungsmitglieder sind anwesend. Kein Getränkezwang. Die Ortsverwaltung.

Sattler, Handnäher, Zuschneider, Zurichter

auf Militärarbeit stellt ein
Adalbert Fischer, Berlin,
Spandauerstraße 23.

3 Sattler

gesucht, gute Näher auf Militärarbeit. Lohn nach Reichstaxtarif. Dauernde Stellung.

A. Dallmann, Sattlermeister, Celle.

Sattler und Zuschneider

auf dauernde Aufträge in Sätteln und Geschirren werden eingestellt.

Militär-Effekten-Fabrik
Friedrich Erb G. m. b. H.,
Berlin SO. 16, Engelderstr. 4.

Geübte Sattler

für Geschirre gesucht.
Cerf & Bielschowsky,
Erfurt.

Sattler

auf dauernde Militärarbeit, Geschirre, Sättel usw., stellen sofort ein

R. Kühlewein & Co., Erfurt-N.,
Wendenstraße 5.

Sattler

auf dauernde Militärarbeit, Kunte, Geschirre, Sättel usw. verlangt

F. Guiremand, Berlin,
Friedrichstraße 225.

Zuschneider

auf dauernde Militärarbeit gesucht.
Hermann Kaufmann,
Fabrik für Sattlerwaren und Militärausrüstungen,
Berlin N. 37, Schwedterstr. 9.

Sattler

auf Tornister und Armeesättel sofort gesucht.
Friedrich Bierenbreier,
Fabrik für Heeresausrüstung,
Ahl a. Rh.